

## Wochenrückblick.

Die Reichstagsrede des Kanzlers hat in Deutschland allgemein befriedigt und das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Stämme und Klassen erweckt, aber auch im Ausland weite Kreise geschlagen und die Erkenntnis verbreitet, daß der französische Imperialismus nicht nur weit beherzender, sondern auch Ursache der Isolierung Frankreichs geworden ist. Die Pariser Presse verheißt nur mühsam ihren Aerger über die Aufnahme der Cuno'schen Ausführungen und sucht sie als Selbstverständlichkeiten hin zu stellen, die keinen diplomatischen Widerhall finden. Das ist insofern richtig, als keine Protestnoten aus den Entente-Staaten ergangen sind. Die werden sich vielleicht erst einstellen, wenn die Ruhraktion sich handelspolitisch noch stärker auswirkt, besonders in den davon zunächst betroffenen Ländern in der Schweiz, in Holland und in England. Vorboten dafür haben die Ausprüche im englischen Unterhaus bereits geliefert, indem auf eine Anfrage der Unterstaatssekretär in Mairn, besonders in England bereit, dem Brückenlopp von Koblenz und Köln auszudehnen, ein recht zäher Einspruch gegen das Vorhaben der französischen Truppen, der allerdings die Vollstimmung in England berart beeinflusste, daß bei der Wahl zum Unterhaus drei Minister ihre Sitze verloren. Auch sonst hat die Opposition mit ihrer Unzufriedenheit gegen Bonar Law's Abwachen nicht hinter dem Berge gehalten. So Lord Robert Cecil und der Führer der Labour Party MacDonald, aber ihre Aufforderung zum Eingreifen konnte nur Erfolg haben, wenn die starke Regierungsmehrheit durch weitere politische Blößenstellungen besiegelt wäre.

Als Erfolg des deutschen Ausmarsches ist jedenfalls der Umschwung in der öffentlichen Meinung Englands zu buchen. Es sind schon früher Stimmen laut geworden, die den Vertrag von Versailles als eine Ungeheuerlichkeit bekämpften, wie z. B. Keynes und die Mitglieder der internationalen Sachverständigenkonferenz seit auf Seite Deutschlands stellen, auch der Italiener Ritti sei nicht vergessen, aber jetzt rücken ganze Parteien an, weil sie sich, wie Cecil, im Interesse Englands nicht der Befürchtung erwehren können, daß gewisse Tatsachen in der deutschfeindlichen Politik Frankreichs beunruhigend bis zum Äußersten seien. Das ist ein unleugbarer Fortschritt zur Klärung der Lage.

Ein weiterer Fortschritt ist die Besserung der Mark durch das Eingreifen der Reichsbank. Für die Leipziger Messe ist diese Wendung zwar verhängnisvoll gewesen. Die Käufer hielten sich zurück, aber auch der Reichspräsident Ebert und der Reichswirtschaftsminister Dr. Veder, indem sie über den volkswirtschaftlichen Fehlschlag der Messe mit kurzen Worten hinweggingen und sich mit den Ruhrangelegenheiten um so ausführlicher befaßten. Im Interesse des Handels ist dieser Mißerfolg zu beklagen, indessen spricht nichts dafür, daß er chronisch sein wird, und mit der Stabilisierung der Mark, auf die mit der im Reichstag beschlossenen Goldanleihe hingearbeitet wird, dürfte auch der Warenaumsatz wieder in normale Bahnen einlenken.

Dazu gehört auch die Rückkehr zur altbewährten Sparbarkeit in der Verwaltung. Die Reichsregierung hat die Beamten wissen lassen, daß sie nicht in neue Gehaltsverhandlungen für den Monat März eintreten könne, und so wird der Erhöhung der Gehälter wohl ein Riegel vorgeschoben werden, was neue Kämpfe, auch auf dem Lebensmittelmarkt und in der allgemeinen Lohnbewegung, auslösen könnte. Die Regierung will mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie die Verwaltung vereinfacht und verbilligt, und zwar soll mit der Auflösung des Reichsschatzministeriums am 1. April d. J. der Anfang gemacht werden. Schon vor Jahresfrist war die Bau- und Viegenschaftsabteilung vom Reichsfinanzministerium aufgekauft worden, nun soll dies auch mit den betreffenden Ministerialabteilungen geschehen. Die Industrieabteilung wird vollständig aufgelöst werden und als Aktiengesellschaft zur Verwaltung staatlicher Vermögenswerte weiterleben.

In Bayern ist eine Verschönerungsgesellschaft aufgehoben worden, die augenscheinlich einem französischen Spitzelmann über ihren Ursprung verdankt. Sie bestand aus einer politisch unbekanntenen Persönlichkeit, was freilich nicht hinderte, daß Gerüchte über einen bayerisch-französischen Putsch in Umlauf gesetzt wurden. Das energische Eingreifen des vielangesehnen Ministerpräsidenten v. Künzing hat jedoch diese Unterstellung im Keime erstickt. ×××

## Englische Vorstellungen in Paris.

Neuer meldet: Die britische Regierung hat mündlich Vorstellungen bei Frankreich erhoben und auf die ernststen Unzuträglichkeiten hingewiesen, die den britischen Behörden im Rheinland infolge des französischen Vorgehens, welches das von den Engländern besetzte Gebiet vollständig einschließt, erwachsen sind. Es ist nachdrücklich betont worden, daß der britische Oberkommissar für das Rheinland keinen Anteil an dem Beschluß des französischen und des belgischen Oberkommissars genommen hat, durch den die Rheinlandkommission die Autorität in diesem Gebiet für sich in Anspruch nimmt, und daß der britische Oberkommissar jede Verantwortung für diese Handlung abgelehnt hat. — Es ist dagegen nicht richtig, daß ein formeller britischer Protest bei Frankreich wegen der Besetzung der Gebietsstreifen zwischen den Rheinbrückenköpfen erhoben worden ist. (Es handelt sich hier offenbar um die Vorstellungen, die bereits von der englischen Regierung im Unterhaus angekündigt worden sind.)

Die Meldungen verschiedener französischer Zeitungen, daß zwischen den Generalen Payot und Godley bereits ein festes Übereinkommen wegen der Benutzung der Eisenbahnen im englischen Brückenlopp von Köln getroffen sei, sind unrichtig. Das englische Kabinett wünscht vor allen Dingen, daß die Frage der Handelsbeziehungen zwischen England und Deutschland in befriedigender Weise gelöst werde. Der englische Oberkommissar in der Rheinlandkommission, Lord Almonroff, fordert die Beachtung der folgenden beiden Punkte:

1. Vollkommene Durchgangsfreiheit für Waren aus England in das besetzte und nicht besetzte Deutschland auch über die Besatzungszone hinaus,
2. Durchführung von Waren zwischen dem besetzten und nicht besetzten Deutschland.

Diese Fragen sind für die Franzosen natürlich sehr peinlich, denn die deutschen Eisenbahner lehnen es ab, Waren zu transportieren, die nicht mit dem deutschen Erlaubnischein für die Ein- und Ausfuhr versehen sind. Die Franzosen lassen diese Waren bekanntlich auch ohne Erlaubnischein durch. Die Engländer fordern endlich auch die Abänderung der französischen Beschlüsse wegen der Rheinschiffahrt. Der *Matin* meldet aus London, daß Bonar Law den Franzosen keine Zugeständnisse in der Eisenbahnfrage machen wolle, wenn die Franzosen in der Frage der Ein- und Ausfuhrerlaubnis keine Nachgiebigkeit bezeugen.

## Ständiges Vordringen der Franzosen.

Freitag vormittag 11 Uhr ist Cronenberg bei Elberfeld von einer Kompanie Infanterie und einer Schwadron Kavallerie besetzt worden. In Witten an der Ruhr ist eine Aktion gegen die Schutzpolizei unternommen worden, die Polizei wurde entwaffnet und die Beamten abgeführt. Die blaue Polizei ist unbehelligt geblieben.

Die Franzosen haben Donnerstag gegen 2½ Uhr nachmittag in Stärke von 120 bis 130 Mann bei Rheinbreiten den Rhein über schritten. Sie besetzten den Hafen von Rheinau, einer Vorstadt Mannheims, und gehen gegen Rheinau vor. Auf der Strecke Darmstadt—Frankfurt, noch innerhalb des Dienstbereichs des Hauptbahnhofs Darmstadt, ist das von Frankfurt im Vogen nach Westen in den Hauptbahnhof Darmstadt führende eine Gleis dieser Hauptstrecke von französischen Patrouillen besetzt, so daß die Strecke nur einseitig betrieben werden kann. Die Franzosen haben anscheinend an den Schienen Verankerungen vorgenommen und behindern die Streckenwärter an der Begehung der Gleisstrecke. Der Verkehr kann auf diesem Gleis daher nicht mehr aufrechterhalten werden.

## Die Schreckenslosigkeit

### der Kriegsgerichte.

Das französische Kriegsgericht in Mainz verurteilte den Landrat Schwebel aus Geisenheim, weil er dem Befehl der Besatzungsbehörde betreffend die Verordnungen 131 bis 134 der Interalliierten Rheinlandkommission (Beschlagnahme der Steuern, Zölle usw.) keine Folge geleistet habe, zu fünf Jahren Gefängnis und fünfzehn Millionen Mark Geldstrafe.

Postdirektor Mathias aus Offenburg hatte den ihm von einem französischen Offizier übermittelten Befehl, den telegraphischen und telephonischen Dienst in seinem Amtsbezirk aufrechtzuerhalten und Ort und Art der Verbindungszentrale des Postamts Offenburg den Besatzungsstruppen mitzuteilen, nicht befolgt. Er wurde deshalb zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Das evangelische Pfarramt in Rüsselsheim hatte letzten Sonntag in den kirchlichen Nachrichten des Lokaltages angekündigt, daß während des Sonntagsgottesdienstes eine Kollekte für die deutsche Ruhrhilfe stattfinden. Die Kollekte wurde auch eingekassiert. Gegen den Pfarrer ist nunmehr von der französischen Besatzungsbehörde ein militärgerichtliches Verfahren eingeleitet worden, weil der Aufruf zur Beteiligung an der Ruhrhilfe auf Grund einer Verordnung der Rheinlandkommission verboten ist.

Der Amtmann von Herpen ist zu zwei Monaten Gefängnis und 200 000 M. Geldstrafe verurteilt worden. Der Oberbürgermeister von Buer ist wegen Verweigerung der Abgabe von Elektrizität, Gas, Kohlen und Licht von den Franzosen zu 10 Millionen M. Geldstrafe verurteilt worden.

## Französische Negerwerbungen in Amerika.

Der Detektiv Dougherty gibt in den Zeitungen New Yorks bekannt, daß er im Auftrag des französischen Arbeitskommissars Louis Jancou 2500 bis 5000 Neger für die Ruhrgruben zu engagieren versucht hat. Diesen Auftrag habe er schon am 18. Januar erhalten. Er habe den Plan aber endgültig aufgegeben, weil sich noch nicht 100 Mann gemeldet hatten. Die öffentliche Meinung in Amerika ist durch diese Enthüllungen sehr erregt. Ein Amerikaner hatte von diesem sauberen Plan in Paris gehört und veröffentlichte ihn sogleich nach seiner Rückkehr nach New York, indem er noch an Bord des Schiffes „*Majestic*“ die Journalisten unterrichtete. Staatssekretär Hughes erklärte daraufhin, daß ihm nichts von dem verwerflichen Plan bekannt sei.

## Aufstellung eines Mindestprogramms in Brüssel.

Die Reise Poincarés gewinnt immer mehr an Bedeutung. Es wird jetzt zugegeben, daß Poincaré von dem Kriegsminister und dem Minister für öffentliche Arbeiten und dem Direktor für politische Angelegenheiten auf dem Quai d'Orsay begleitet werden soll. Außerdem werden sich auch der Oberkommissar für die Rheinlande Tirard und General Degoutte in Brüssel einfinden. Der New York Herald sagt, daß diese Persönlichkeiten in genügender Weise bekunden, daß die Zusammenkunft mit Theunis und Jaspard einer eingehenden Prüfung der Lage weite. Eine Persönlichkeit, die dem Quai d'Orsay sehr nahe

steht, erklärt dem genannten Blatt, daß die Staatsmänner sowie die französischen und belgischen Sachverständigen ein Programm ausarbeiten werden, welches ein Minimum von Bedingungen enthält, das die Alliierten annehmen wollen, falls Cuno sich bereit erklären würde, zu verhandeln. Dieser Augenblick sei sehr nahe. Falls aber Deutschland keinen Verhandlungswillen bekunde, würden in Brüssel auch die Maßnahmen besprochen werden, um einen weiteren Druck auf Deutschland auszuüben. Man sieht also, daß es in Brüssel sehr viel zu besprechen gibt. Das Maßprogramm meldet, daß wahrscheinlich auch der italienische Gesandte in Brüssel zu den Erörterungen zugelassen würde.

## Steuern und Geldentwertung.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag wandte sich am Donnerstag der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuer-gesetzen zu.

Der Berichterstatter Abg. Reinath (Dem.) teilte aus den Verhandlungen des Ausschusses mit, daß er bei dem Versuch gescheitert sei, das Grundproblem der festen Rechnungseinheit für die Steuergesetze schon jetzt zu lösen. Aus Zeitmangel habe er sich den Grundlinien des Regierungsentwurfs angeschlossen. Dieser beschränkt sich darauf, die dringendsten Änderungen in Anpassung an den gegenwärtigen Geldwert vorzunehmen und eine raschere Zahlung durch Vorverlegung der Fälligkeitstermine und Verzugszinsen zu erzwingen. Auch die Beschlüsse des Ausschusses stellen so nur einen unbefriedigenden Rohentwurf dar, der möglichst schnell durch eine grundlegende Veränderung der Steuergesetze ersetzt werden müsse. Leider müßten die Fristen für die Steuererklärungen zur Einkommen-, zur Vermögenssteuer und zur Zwangsanleihe bis zum 30. April verlängert werden.

Unter diesen Umständen konnte die Aussprache keine Verbesserung des Entwurfs bringen. Man beschränkte sich im wesentlichen darauf, die Dringlichkeit der Verabschiedung zu betonen, unter platonischer Hervorhebung des Standpunktes der Fraktionen. Es sprachen die Abgg. Bernstein (Soz.), Dr. Helfferich (Dn.), Dr. Moldenhauer (D. Vpt.), Herold (Zentr.), Merk (Bayr. Vpt.), Roenen (Nobl.) und der Staatssekretär Jasp. Dieser erklärte eine stabile Steuerwährung nur bei Stabilisierung der Mark für möglich.

In der Freitagssitzung des Reichstags wurde die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen fortgesetzt, und zwar bei den Tarifen und Befreiungsvorschriften. Der § 2 der neuen Vorlage bestimmt, daß bei Erwerbgesellschaften sich die Körperschaftsteuer um 15 Prozent der Beträge erhöht, die als Gewinnanteile irgend welcher Art verteilt werden.

Abg. Dr. Helfferich (Dnll.) beantragte, hinzuzufügen, daß die Erhöhung auf 25 Prozent nicht stattfindet bei sogenannten Familiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die schon von der Kapitalertragssteuer befreit wären. Ministerialdirektor Dr. Popitz erhebt Bedenken dagegen, diese Befreiungsvorschriften aus dem Kapitalertragssteuergesetz einfach in das Körperschaftsteuergesetz zu übernehmen.

Die Erhöhung des Sparkapitals von 300 000 Mark auf eine Million wurde abgelehnt. In Übrigen wird der Antrag Dr. Helfferichs gegen die Linke angenommen und mit ihm, ebenfalls gegen die Linke, der § 2

## Die Kohlen reichen.

Erklärungen des Reichskohlenkommissars.

In der Donnerstagsitzung des Reichstags-Hauptausschusses führte der Reichskohlenkommissar Geh. Rat Stuy aus, daß die Kohlenversorgung Deutschlands im allgemeinen gut sei und daß an der Kohle die Widerstandskraft Deutschlands gegenüber dem französischen Gewaltakt nicht erlahmen werde. Dank der großen Reparationsengpässe, die in den ersten Wochen der Ruhrbesetzung nicht nach Frankreich und Belgien, sondern in das unbesetzte Deutschland gingen, ferner dank der großen Einfuhr englischer Kohle im vergangenen Jahre verfügen sowohl die Eisenbahn wie die Gasanstalten, Elektrizitätswerke wie auch die privaten Verbraucher in Industrie und Hausbrand über reichliche Bestände.

Außerdem habe sich die Belieferung des unbesetzten Deutschlands dadurch gebessert, daß die nichtbesetzten Kohlenreviere Deutschlands, außer Sachsen, Uebersehichte verfahren. Die Einfuhr englischer Kohle habe stark zugenommen. Die Kohlen aus Polnisch-Oberschlesien und der Tschechoslowakei kämen ungefähr in den bisherigen Mengen herein. Knapper als in Kohlen stände es um den Holz- und besonders um den Hohen- und Giechereiholz. Aber auch hier wäre es möglich, die Werke einigermaßen in Betrieb zu erhalten. Der Hausbrand sei ganz auf Gasstoks gestellt worden, von dem ausreichende Mengen vorhanden seien.

## Inland und Ausland.

Kein „Platz der Republik“ in Berlin. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat es abgelehnt, dem Königsplatz die Bezeichnung „Platz der Republik“ zu geben. Weiter wurde abgelehnt, zwei Straßen nach Rose Luxemburg und Karl Liebknecht zu benennen und der Berliner Straße in Charlottenburg den Namen Erzbergerstraße und der Berliner Straße in Tempelhofer Namen Walter-Rathenau-Straße zu geben. Auch die Umbenennung anderer Straßen nach den beiden Ministern wurde mit sehr großer Mehrheit abgelehnt. Das gleiche Schicksal erfuhr ein Antrag, eine neue große Straße nach Erzberger zu benennen. Angenommen wurde aber ein Antrag, eine Walter-Rathenau-Straße zu schaffen. Diese Beschlüsse erregten bei den Linken so große Unwillensstürme, daß die Sitzung zeitweise unterbrochen werden mußte.

Auslandshilfe für Rhein und Ruhr. Aus dem Ausland laufen fortgesetzt große Summen für die Volksgenossen an der Ruhr und am Rhein ein. Ein erheblicher Teil dieser Gelder ist von Reichdeutschen gesendet worden. In Brasilien wurden in den letzten Tagen gesammelt: 155 000 Milreis. 4450 Pfund

1700 Pfund  
350 000 B  
in Belgien  
Geo Samm  
aus Par  
ein. In  
ten und  
ligte sich  
15 000 B  
Reichsmar

Das  
gestellte  
des D  
führt.  
Beschlüsse  
lichen R  
Dienst  
jetzen r

Der  
Schule  
Heidelbe  
ehinger  
Reichsfa  
hatten,  
bzw. ein

Rel  
Zu Aus  
richt ver  
Neurath  
bureau  
funden

Die  
Bohring  
seit dem  
gegenw  
äßen g  
zentfah  
für gan  
zusamm  
schwier  
Feuer  
getreten

Bo  
Antwort  
haftung  
föner  
heit fest  
Briefwe

De  
einer R  
St-Ob  
folgen,  
für ein

De  
sächlich  
von Ih  
Provin

De  
Stimm  
mung  
regieru  
König  
dem V  
des B

De  
betr  
stüden

De  
Kaffel  
habhaft  
haußen  
sprach  
stede g  
flamm  
find, r  
fach e  
verwa  
tion

De  
etwas  
Weiter  
bei de  
togo m  
Bon P  
garlich  
Potenz

De  
Zwar  
wähle  
Gollan  
Edmard  
Eman  
vatter  
Schwe  
Franz  
Wiegli  
Koch

De  
daß d  
gen w  
schluß  
lung  
der b  
auf b  
der

De  
daß d  
gen w  
schluß  
lung  
der b  
auf b  
der

De  
daß d  
gen w  
schluß  
lung  
der b  
auf b  
der

De  
daß d  
gen w  
schluß  
lung  
der b  
auf b  
der

De  
daß d  
gen w  
schluß  
lung  
der b  
auf b  
der

De  
daß d  
gen w  
schluß  
lung  
der b  
auf b  
der